

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

David Schiepek, Hutmacherstr. 10, 91550 Dinkelsbühl

An den
Oberbürgermeister der Stadt Dinkelsbühl
Dr. Christoph Hammer
Segringer Str. 30
91550 Dinkelsbühl



Dinkelsbühl, 11. Juni 2020

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Aufnahme von Geflüchteten in Dinkelsbühl

Sehr geehrter Herr Dr. Hammer,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,

die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN bringt folgenden Antrag in den Stadtrat ein:

Der Stadtrat wolle beschließen, dass

1. Die Stadt Dinkelsbühl sich solidarisch mit den über 40.000 Geflüchteten auf den griechischen Inseln und allen Menschen auf der Flucht weltweit erklärt und sich öffentlich für eine humanere Migrationspolitik, die Wahrung der Menschenrechte an den Außengebieten der EU und die Schaffung eines bundes- oder landesweiten Aufnahmeprogramms einsetzen will;
2. Die Stadt Dinkelsbühl sich öffentlich dazu bereiterklärt, das Landratsamt Ansbach bei der Unterbringung besonders schutzbedürftiger Personen, die in den Lagern an den Außengebieten der EU untergebracht sind und über die reguläre Aufnahmequote hinaus aufgenommen werden sollen, zu unterstützen. Darunter insbesondere aber Minderjährige und ihre Familien sowie Menschen mit Vorerkrankungen.

Begründung:

„Zuhause bleiben!“, um die Corona-Pandemie einzudämmen, ist ein Privileg, das nicht wenigen in Europa versperert bleibt: Über 40.000 Geflüchtete harren bereits seit mehreren Jahren in völlig überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln an den europäischen Außengebieten aus. Die Zustände in den Lagern, die zur Abschreckung bewusst errichtet wurden, spitzen sich in den letzten Monaten dramatisch zu: Schwerer Gewalt, Vergewaltigungen und Krankheiten ausgesetzt sowie ohne Schule, Arbeit oder andere Betätigungsmöglichkeit warten die Menschen über Jahre und Monate völlig zusammengepfertcht auf den Beginn ihres Asylverfahrens. Kinder und Jugendliche, oft ohne ihre Familie, erleben Traumata. Menschenrechte und das Grundrecht auf Asyl werden tagtäglich verletzt.



Nun, angesichts der Pandemie, während der wir hierzulande richtigerweise alles daran setzen, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und solidarisch mit Risikogruppen sind, droht die Situation in den Lagern zu eskalieren. Covid-19 könnte zur Todesfalle werden, wie Ärzt*innen warnen. Die Menschen teilen sich im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos einen Wasseranschluss mit über 1000, Duschen mit über 200 und Toiletten mit über 100 Bewohner*innen. Es gebe kaum Seife oder Desinfektionsmittel. (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-griechenland-fluechtlingslager-100.html>)

Jetzt ist Handeln gefragt, natürlich hauptsächlich von Seiten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten. Wir können uns in Dinkelsbühl dennoch nicht unserer Verantwortung entziehen. Wenn wir bereits einen kleinen Beitrag leisten, können wir Leben retten. Unser nach wie vor immenser wirtschaftlicher Wohlstand und unser christliches bzw. humanistisches Menschenbild gebieten es, zu handeln.

Gemeinsam mit über 150 Kommunen, die sich in den letzten Monaten ebenfalls solidarisch mit Geflüchteten erklärt haben, können wir unsere Menschlichkeit beweisen und uns bereiterklären, eine bestimmte Anzahl an besonders Schutzbedürftigen aus den Lagern bei uns unterzubringen und ihre Betreuung zu gewährleisten. Dazu gilt es, dem Landratsamt, welches rechtlich und finanziell für die Aufnahme der Geflüchteten zuständig ist, zu signalisieren, dass wir in Dinkelsbühl eine kleine Anzahl an besonders Schutzbedürftigen unterbringen können. Gemeinsam mit dem Landratsamt und anderen Kommunen im Landkreis werden wir zu einer *Allianz der Menschlichkeit*. Jede Stadt, die sich dieser Allianz anschließt, hilft dabei, Handlungsdruck auf die Bundesregierung und die EU auszuüben.

Dinkelsbühl ist bereit dazu, Menschlichkeit walten zu lassen. Seit 2015 wurden vor Ort hervorragende Hilfsstrukturen etabliert, wobei die Stadt stets hervorragende Unterstützung geleistet hat: Das Helferkreisnetzwerk in Dinkelsbühl arbeitet unglaublich engagiert und erfolgreich, die Kirchen boten Wohnraum und richteten eine Asylsozial- und Migrationsberatung ein, im Herbst wird voraussichtlich die neue Integrations-Mediathek in der Alten Hauptschule eröffnet, etc.

Der Ruf nach Menschlichkeit und einem Handeln unserer Stadt äußert sich neben der Kampagne *#LeaveNoOneBehind - Wir lassen niemanden zurück* auch im offenen Brief der Helferkreise im Landkreis Ansbach vom 2. April 2020 (Anlage 1). Außerdem haben der Dinkelsbühler Helferkreis für Flüchtlinge (Anlage 2) sowie Herr Spahlinger und Herr Pollithy als Vertreter der Kirchen (Anlage 3, wird vor der Stadtratssitzung als E-Mail nachgereicht) Stellungnahmen zum Antrag verfasst, in denen sie die Bedeutung der Maßnahme hervorheben.

Lassen Sie uns gemeinsam das Zeichen setzen, dass die große Welle der Solidarität, die in den letzten Wochen und Monaten zu spüren ist, auch den Schutzsuchenden auf den griechischen Inseln gilt. Wir lassen niemanden zurück!

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

David Schiepek
stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Monika Hoenen MA/M.Mus.
Helferkreis Flüchtlinge Dinkelsbühl
Mittelfränkischer Integrationspreis 2017
Integrationsmediathek

Dekanat, Dr. Martin Luther Str. 4
91550 Dinkelsbühl
0170/6988011
www.integrations-mediathek.de
orga.hkf@gmail.com

M. Hoenen, Dekanat, Dr. Martin Luther Str. 4 • 91550 Dinkelsbühl



Stellungnahme des Helferkreises

Dinkelsbühl, den 30.5.2020

Gern komme ich der Bitte nach und gebe eine Einschätzung seitens des Helferkreises Dinkelsbühl zur Frage, ob sich die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in der Lage sieht, die Aufnahme einiger Geflüchteter von den griechischen Inseln zu unterstützen.

Zwar ist der Dinkelsbühler Helferkreis – wie praktisch alle Helferkreise – zahlenmäßig kleiner geworden, aber es haben sich gut funktionierende Strukturen, Kooperationen und Netzwerke gebildet.

Anders als 2015 besteht keine Überforderungssituation mehr. Es gibt inzwischen eine breite Kenntnis bei den haupt- und ehrenamtlichen Partnern in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit, viele unterstützende Maßnahmen und Programme. Eine hauptamtliche Beratungsstelle in der Trägerschaft des Dinkelsbühler Dekanates und die Integrations-Mediathek haben sich als wichtige Bestandteile einer funktionierenden Unterstützungsstruktur für Geflüchtete etabliert, zu der für junge Geflüchtete u.a. auch Jugendhilfeeinrichtungen wie der „Sonnenhof“ im benachbarten Feuchtwangen gehören.

Kompetenz und eine gewisse Routine haben sich bei der Bewältigung der sich wandelnden Herausforderungen auf allen Ebenen entwickelt. Daher wären m.E. die Kapazitäten vorhanden, um eine angemessene Zahl an Geflüchteten von den griechischen Inseln in Dinkelsbühl und Umgebung anzunehmen.

Viele Menschen (nicht nur) im Kontext der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe, der Kirchengemeinden und anderer Zusammenhänge sehen eine solche Aufnahme als menschliche Pflicht an und würden sich gern kümmern.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Hoenen

An Landrat Dr. Jürgen Ludwig
An den Kreisrat
An die (Ober-) Bürgermeister des Landkreises Ansbach
und die (Stadt-) und Gemeinderäte des Landkreises
sowie die Bürgerschaft

Offener Brief:

Griechische Flüchtlingslager evakuieren!

**Kinder, Jugendliche und weitere besonders Gefährdete sofort von Lesbos retten
Corona darf uns nicht die Notleidenden auf Lesbos vergessen lassen**

Helferkreise des Landkreises 2.4.2020

Sehr geehrte (Ober-) Bürgermeister, sehr geehrte Referent*innen, sehr geehrte Stadt- und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sehr geehrte Mitbürger/inneninnen,

das Coronavirus fordert gerade unser aller Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang wird viel über Solidarität gesprochen und dazu aufgerufen. Solidarität wird in einem kaum zu erahnenden Ausmaß ausgeübt.

Während uns die Lösung der zweifelsohne immensen eigenen Probleme fordert, verschlimmert sich die humanitäre Not auf Lesbos und in weiteren Teilen Griechenlands unterdessen dramatisch. Es wird immer notwendiger, unsere Aufmerksamkeit auch wieder dorthin zu richten und Solidarität gegenüber Menschen in doppelter Not zu zeigen.

Dr. Maria Möller, eine Augsburger Ärztin, die im Sommer und Herbst letzten Jahres insgesamt 9 Wochen auf Lesbos Hilfe leistete, berichtet Erschütterndes. Ähnliches ist der Presse fast täglich zu entnehmen.

Kinder und Jugendliche werden in ihrer Seele zerstört und müssen um ihr Leben fürchten. Vergewaltigungen, Gewalt, Krankheiten, Unterernährung und Suizidversuche stehen auf der Tagesordnung und sind zum alltäglichen Bild geworden. Die Menschen warten zusammengepfercht, ohne Arbeitsmöglichkeit, ohne Schule und Betätigung ein bis drei Jahre auf ihre Anhörung. Und seit März wird das Asylrecht mit Füßen getreten. Die Menschen sollen ohne Anhörung in die Krisengebiete abgeschoben werden, aus denen sie aus Angst um ihr Leben geflohen sind.

Darüber hinaus bitten wir Sie, sich für eine bundesweite Regelung zu einem Aufnahmeverfahren als bundesweiten Relocation-Programm in kommunaler Entscheidung sowie eine entsprechende Finanzierung durch die zuständigen Kostenträger einzusetzen.

Es ist notwendig, dass Bayern so schnell wie möglich auf ein Landesaufnahmeprogramm hinarbeitet, was laut eines Rechtsgutachtens der Anwaltskanzlei *Redeker, Sellner und Dahs* möglich ist. Das ist nur mit Nachdruck und der Bereitwilligkeit der Kommunen zu schaffen. Wir bitten die Städte und Gemeinden des Landkreises, durch die Bereitstellung freier Plätze in Jugendhilfeeinrichtungen ein deutliches Signal an die Landesregierung zu senden und damit einen Beitrag zur Rettung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu leisten.

Es gibt sehr viele Menschen in den Lagern, die keine Gegenwart und keine Zukunft haben und die ganz akut von lebensgefährlichen Folgen der Corona-Epidemie bedroht sind!

Die Flüchtlingslager auf Lesbos müssten dringend vollständig evakuiert werden und das, bevor dort die Coronavirus-Epidemie ausbricht.

Wir müssen umgehend zumindest unseren kleinen, ohne großen Aufwand machbaren Beitrag an Hilfe leisten!

Unterzeichnet:

.....

.....

Helferkreis Flüchtlinge Dinkelsbühl

Matteo-Kirche und Asyl, ökumenischer kirchennaher Verein zur
Unterstützung und Begleitung von Geflüchteten